

# I 72 000 Euro für weiteren DSL-Ausbau

**GEMEINDERAT Schierlinger**  
Mandatsräger sind sich einig – und Bürgermeister Christian Kiendl kritisiert den Bund, der die Kommunen hängen lasse.

VON FRITZ WALLNER, MZ

**SCHIERLING.** Der Marktgemeinderat hat zum Jahresende noch einmal kräftig in die Geldschatulle gegriffen und für den DSL-Ausbau für Schierling Süd sowie Allersdorf und Mannsdorf mit Glasfaserkabel eine Eigenbeteiligung von 172 000 Euro beschlossen. Obwohl die Entscheidung fast einstimmig fiel, war sie nicht leicht. Bürgermeister Christian Kiendl kritisierte, dass der Bund vor Jahren Milliarden für die Lizenzen einsteckte, sich jetzt aber an der Finanzierung der flächendeckenden schnellen „Daten-Autobahn“ nicht beteiligt, sondern die Kommunen hängen lasse.

## 100 000 Euro vom Freistaat

Anders als der Freistaat Bayern, so Kiendl, der für jede Gemeinde maximal 100 000 Euro an Zuschüssen zur Verfügung stellt. Weil aber für den Ausbau anderer Teile der Gemeinde

bereits rund 65 000 Euro davon abgerufen worden sind, blieben für diesen Teil noch etwa 35 000 Euro. „Ich möchte noch einmal klar festhalten: Obwohl es sich bei der Breitbandversorgung nicht um eine kommunale Aufgabe handelt, sitzen wir als Gemeinde im Boot“, so ein sichtlich gestresster Bürgermeister. Denn eigentlich müsste der Bund von seinen eingenommenen Milliarden etwas herausrücken.

Bürgermeister Kiendl führte vor Augen, dass bei einem ersten „Auswahlverfahren“ – mit dem Angebote von Telekommunikationsunternehmen eingeholt wurden – nicht die gewünschten Lösungen erreicht werden konnten. Deshalb wurde ein zweites Verfahren nachgeschoben. Zwei Angebote sind daraufhin eingegangen. Kiendl hatte von der Telekom eine für eine Richtfunklösung erwartet. Das ist aber nicht gekommen, sondern das Angebot über einen Ausbau mit Glasfaserkabel. Das sei zwar das Beste, aber auch das teuerste, so der Bürgermeister. Er verhehlte nicht, dass es über Funk auch andere Übergangslösungen gibt, die viel günstiger sind. Für die örtlichen Gemeindeteile etwa habe Vodafone eine Funklösung aufgebaut, die eine „stabile Lösung“ darstellt.

„Wie kommt die Gemeinde wieder zu ihrem Geld?“, fragte Erich Fisch.

Gar nicht, so die Antwort. Ob es denn keine Möglichkeit gebe, Gebühren zu erheben, hakte Fischer nach. Nein, denn anders als bei allen anderen öffentlichen Einrichtungen kann in diesem Fall die Gemeinde keinerlei Büchnahmen generieren. Fischer wollte auch noch wissen, wie viele denn wirklich davon einen Vorteil haben.

## Mehrere Väter des Erfolgs?

Wolfgang Kumpfmüller schlug vor, jetzt auch gleich die Anschlussmöglichkeit für das neue Gewerbegebiet an der B 15 neu zu sichern. Armin Buchner sprach von einer „erfreulichen Situation“. Für Rudolf Eisenhut war es die richtige Lösung, auch wenn sie ein „Heidengeld“ kostet. Konrad

Beck fragte, wie man mit den örtlichen Gemeindeteilen umgehen werde. Erfriede Treppesch wünschte, dass die Telekom zu einer genau beschriebenen Leistung verpflichtet wird. Für Maria Feigl ist es dem Bürgermeister zu verdanken, dass es zu dieser Lösung überhaupt gekommen ist. Buchner wies den Erfolg dem geschickten Verhandeln der Bürgerinitiative zu. Das löste heftigen Protest Kiendl aus: „Wer hat das erneute Auswahlverfahren angestoßen und Gespräche mit der Telekom vermittelt“, fragte er und stellte fest, dass die BI zum Teil konträrktiv gearbeitet habe. Denn für eine gute Lösung brauche man einen engen Kontakt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.